

Stimmen aus dem Bündnis – Zitate aus dem Trägerkreis

Alevitische Gemeinde Deutschland (Almanya Alevi Birlikleri Federasyonu, AABF) | Attac Deutschland | AWO Bundesverband | BUNDjugend (Jugend im Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland e.V.) | Bundesjugendwerk der AWO | Bundesverband Deutsche Tafel e.V. | Bundesverband NEMO – Netzwerke von Migrantorganisationen | Bundesvereinigung Soziokultureller Zentren e.V. | Der Paritätische Gesamtverband | Deutscher Kinderschutzbund (DKSB) | Deutscher Mieterbund (DMB) | DIDF (Föderation demokratischer Arbeitervereine e.V.) | Eberhard-Schultz-Stiftung für soziale Menschenrechte und Partizipation | Forum Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft (FÖS) | GiB – Gemeingut in BürgerInnenhand | Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) | Institut Solidarische Moderne | Katholische Arbeitnehmerbewegung (KAB) Deutschland | Kirchlicher Dienst in der Arbeitswelt (KDA), Bremen | Koordinierungsstelle gewerkschaftlicher Arbeitslosengruppen | Nationale Armutskonferenz (nak) | NaturFreunde Deutschlands | Netzwerk Steuergerechtigkeit | OWUS Dachverband (Offener Wirtschaftsverband von kleinen und mittleren Unternehmen, Freiberuflern und Selbstständigen in der Bundesrepublik Deutschland e.V.) | OXFAM Deutschland | SoVD Sozialverband Deutschland | Sozialistische Jugend Deutschlands – Die Falken | ver.di – Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft | Volkssolidarität Bundesverband | WEED – Weltwirtschaft, Ökologie & Entwicklung e.V.



Alevitische Gemeinde Deutschland (Almanya Alevi Birlikleri Federasyonu, AABF)

<http://www.alevi.com/de/>

„Die AABF tritt für die Menschenrechte und gegen Diskriminierung in Deutschland ein. Wir sind der Meinung, dass ein gerechtes Deutschland für alle hier lebenden geschaffen werden kann, wenn der Reichtum, der aktuell im Besitz weniger ist, gerecht umverteilt wird. Trotz des Reichtums in Deutschland sind Millionen Menschen von Armut, darunter auch unsere Mitglieder, stark betroffen. Wir beobachten, dass bei Bund, Ländern und Gemeinden viel Personal abgebaut und soziale Leistungen gekürzt werden. Die Schere zwischen Arm und Reich geht immer weiter auseinander und die Löcher im sozialen Netz werden immer größer. All diese Probleme erschweren die Interaktion zwischen Menschen in Deutschland. Um der gesellschaftlichen Spaltung entgegenzuwirken, um eine bessere soziale Absicherung für alle Einkommensschwachen und Schutzsuchenden zu erreichen, um mehr Kindergärten, Schulen, soziale Einrichtungen, mehr bezahlbaren Wohnraum, mehr Beschäftigungsmöglichkeiten für alle zu schaffen, dafür sind wir in dieses Bündnis eingetreten.“

Haydar Gencer, Alevitische Gemeinde Deutschland



Attac Deutschland

<http://www.attac.de/>

„Wir treten für eine Politik ein, die gegen Steuerparadiese und Steuervermeidung wirkungsvoll handelt, die Steuern für Reiche erhöht, um damit soziale Leistungen und Infrastruktur zu finanzieren. Diese fehlen vor allem auf lokaler Ebene. Es gibt genug Geld, es muss nur gerecht verteilt werden.“

Kerstin Sack, Attac Koordinierungskreis



Bundesverband e.V. **AWO Bundesverband**
<http://www.awo.org/>

„Armut und soziale Ungleichheit sind längst keine Randphänomene mehr, die einfach als individuelles Versagen abgetan werden können. Das Problem muss an den Wurzeln gepackt werden. Soziale Gerechtigkeit muss als Leitprinzip unserer staatlichen und gesellschaftlichen Ordnung unbedingte und umfassende Beachtung finden. Ein Höchstmaß an sozialer Gleichheit und sozialer Sicherheit kann nur erreicht werden, wenn allen Menschen in unserer Gesellschaft Chancengleichheit und eine gleichberechtigte Teilhabe ermöglicht wird. Um die hiermit verbundenen Aufgaben schultern zu können, muss gleichzeitig die Finanzkraft des Staates gestärkt werden. Hierfür braucht es die Solidarität der Reichen und Vermögenden und eine gerechte Verteilungspolitik. Deshalb steht die AWO hinter den Forderungen des Bündnisses „Reichtum umverteilen – ein gerechtes Land für alle!“

Wolfgang Stadler, AWO Bundesvorsitzender



BUNDjugend (Jugend im Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland e.V.)

<https://www.bundjugend.de/>

„Der ökologische Umbau der Gesellschaft muss auch sozial gerecht sein. Der Schutz von Umwelt und Klima darf nicht auf Kosten jener Menschen gehen, die sowieso schon zu wenig haben. Unsere Vision ist eine ökologische, nachhaltige und gerechte Gesellschaft. Um diese aufzubauen, müssen wir den Reichtum umverteilen.“

Franziska Krug, BUNDjugend



Bundesjugendwerk der AWO

<http://www.bundesjugendwerk.de/>

„Die Akzeptanz von Armut in der Gesellschaft ist unsolidarisch. Emanzipation und Solidarität können nur verankert werden, wenn die Bedingungen geändert werden, unter denen Armut entsteht. Punktuelle Bemühungen, Armut zu lindern, sind nicht ausreichend. Unser Ziel ist nicht die Bekämpfung, sondern die Abschaffung von Armut. Dies ist für uns die Konsequenz solidarischen Denkens und Handelns. Armut kann abgeschafft werden, wenn das Prinzip der Bedürfnisgerechtigkeit bei der Güterverteilung das der Leistungsgerechtigkeit ablöst. Gerechtigkeit ist an der bestmöglichen Erfüllung der Bedürfnisse aller zu messen. Anzustreben ist keine gleichmäßige, sondern eine an den tatsächlichen subjektiven Bedürfnissen orientierte Güterverteilung. Einhergehen muss hiermit eine Parteilichkeit für benachteiligte Mitglieder der Gesellschaft im Sinne einer konsequenten Aufhebung oder Kompensation von Benachteiligungen und Barrieren.“

aus Grundsatzprogramm



Bundesverband Deutsche Tafel e.V.

<http://www.tafel.de/>

„Die Tafeln agieren im Herzen der Gesellschaft und erleben damit gesellschaftliche Missstände unmittelbar. Sie sind Seismograph für Fehlentwicklungen, ein Symbol für Armut in einem der reichsten Länder der Welt, für einen versagenden Sozialstaat. Dessen Versäumnisse können Ehrenamtsorganisationen wie die Tafeln nicht auffangen. Seit Jahren fordert der Bundesverband Deutsche Tafel e.V. daher die Politik auf, eine nationale Strategie zur Bekämpfung und Vermeidung von Armut zu entwickeln und umzusetzen. Das Bündnis Umverteilen ist ein wichtiger Schritt dazu – gemeinsam können wir viel erreichen.“

Jochen Brühl, Vorsitzender des Bundesverbandes Deutsche Tafel e.V.



Bundesverband NEMO – Netzwerke von Migrant*innenorganisationen

<http://bv-nemo.de/>

„Im Bundesverband NEMO haben sich 442 Migrant*innenorganisationen in 11 Städten zu herkunfts- und kulturübergreifenden sowie säkularen Verbänden zusammengeschlossen. Als Teil der städtischen Gesellschaft engagieren sich die Verbände für eine gerechte Teilhabe in vielen Bereichen des gesellschaftlichen und politischen Lebens in Deutschland, wie z.B. Bildung, Kultur, Gesundheit und Arbeitsmarkt.“

Die Bekämpfung von Armut und Rassismus sieht der Bundesverband als essentielle Voraussetzungen für bürgerschaftliches Engagement. Mit unserer aktiven Teilnahme am Bündnis „Reichtum umverteilen“ zielt der Bundesverband auf mehr Mitsprache und Beteiligung migrantischer Stimmen an öffentlichen Debatten in Deutschland sowie auf ein solidarisches Miteinander. Wir freuen uns, mit allen Unterstützer/-innen und Träger/-innen des Bündnisses, Deutschland gerechter und vielfältig zu gestalten.“



**Bundesvereinigung
Soziokultureller Zentren e.V.**

Bundesvereinigung Soziokultureller Zentren e.V.

<http://www.soziokultur.de/bsz/>

„Wenn alle von kultureller Vielfalt sprechen und diese notwendig und richtig finden, müssen dafür auch die finanziellen Ressourcen zur Verfügung gestellt werden. Und dazu brauchen der Bund, die Länder und insbesondere die Kommunen mehr Einnahmen.“

Rainer Bode, Vorstandsmitglied Bundesvereinigung Soziokultureller Zentren e.V.



Der Paritätische Gesamtverband
<http://www.paritaet.org>

„Es ist ungerecht und unvernünftig, wie der Reichtum in Deutschland von Jahr zu Jahr wächst, während gleichzeitig immer mehr Menschen ins gesellschaftliche Abseits geraten. Wir brauchen wieder mehr Gleichheit an Ressourcen und Chancen. Wer Armut ernsthaft bekämpfen will und wer es ernst meint mit einer Sozialpolitik, die alle Menschen mitnimmt und keinen zurück lässt, kommt nicht darum herum, auch die Verteilungsfrage zu stellen. Solidarische Umverteilung ist die Voraussetzung für eine offensive Sozialpolitik, die alle an unserem Wohlstand teilhaben lässt: Einen funktionierenden Sozialstaat gibt es nicht umsonst. Wir brauchen endlich einen sozial- und steuerpolitischen Kurswechsel, um diese Gesellschaft zusammenzuhalten.“

Dr. Ulrich Schneider, Hauptgeschäftsführer des Paritätischen Gesamtverbands



die lobby für kinder

Deutscher Kinderschutzbund (DKSB)
<http://www.dksb.de/>

„Der DKSB engagiert sich im Bündnis „Reichtum umverteilen - ein gerechtes Land für alle!“ weil wir dringend eine Politik brauchen, die Kinderarmut wirklich bekämpft. Dabei reicht es angesichts der Dimension und der gravierenden Auswirkungen von Armut auf den gesamten Lebensweg nicht mehr aus, an einzelnen kleinen Schrauben im bisherigen System zu drehen. Was wir brauchen ist eine Gesamtlösung – also eine transparente und unbürokratische Kindergrundsicherung, die sach- und bedarfsgerecht ermittelt wird –, damit alle Kinder die gleichen Chancen auf ein gutes Aufwachsen in Deutschland haben.“



Deutscher Mieterbund (DMB)
<https://www.mieterbund.de/>

„Wir machen als Deutscher Mieterbund beim Bündnis „Reichtum umverteilen – ein gerechtes Land für alle!“ mit, weil die Mieten insbesondere in Großstädten, Ballungsgebieten und Universitätsstädten explodieren, weil viel zu wenig bezahlbare Wohnungen neu gebaut werden, weil Klimaschutz und Energiewende sozialverträglich ausgestaltet werden müssen und nicht allein über drastische Mietsteigerungen bezahlt werden sollen. Um diese Ziele zu erreichen, brauchen wir eine gerechtere Wohnungs- und Mietenpolitik und eine deutlich höhere öffentliche Förderung für den Wohnungsbau und zum Beispiel die Gebäudesanierung.

Wohnen ist ein Menschenrecht. Wir dürfen uns nicht mit ständig steigenden Mieten, wachsender Wohnungsnot und Mieterverdrängung aus angestammten Quartieren abfinden. Für bezahlbare Wohnungen, bunte Städte und durchmischte Quartiere tragen Bund, Länder und Kommunen gleichermaßen Verantwortung.“

Lukas Siebenkotten, Bundesdirektor Deutscher Mieterbund



DIDF (Föderation demokratischer Arbeitervereine e.V.)
<http://www.didf.de/>

„Wir stehen für eine Zukunft ohne Kriege, Armut und Rassismus. Das können wir aber nur erreichen, wenn die erdrückende Mehrheit nicht von einer kleinen Minderheit ausgebeutet wird. Es muss von oben nach unten umverteilt werden. Konzerne und Reiche müssen mehr Steuern zahlen. Es kann nicht sein, dass sich einige wenige den gesellschaftlichen Reichtum aneignen.“

Eine Migrantenorganisation zu sein bedeutet für DIDF nicht allein Betroffenheitspolitik zu machen und die Interessen von Menschen mit Migrationshintergrund zu vertreten. Eine gerechte Gesellschaftsordnung und gerechte Umverteilung von Reichtum ist auch der Wunsch der Menschen mit Migrationshintergrund. Deswegen sieht DIDF ihr Engagement gegen Rassismus und Ausgrenzung als genauso selbstverständlich an, wie das gegen Arbeitslosigkeit und Sozialabbau.“



Eberhard-Schultz-Stiftung
für soziale Menschenrechte und Partizipation

Eberhard-Schultz-Stiftung für soziale Menschenrechte und Partizipation
<http://www.sozialemenschenrechtsstiftung.org/>

„Angesichts der auch bei uns zunehmenden Spaltung von Arm und Reich braucht es eine soziale Gerechtigkeit, die diesen Namen verdient. Ein wichtiges Mittel dazu ist die längst überfällige Umsetzung der sozialen Menschenrechte, d.h. ihre Verankerung als Grundrechte in der Verfassung. Sie müssen auch vor Gericht für Einzelne und Verbände einklagbar sein. Das Bündnis „Reichtum umverteilen“ ist für uns ein starker Mitstreiter im Kampf gegen die zunehmende soziale Spaltung in Deutschland und verdient für seinen beharrlichen Einsatz für eine soziale und gerechte Steuerpolitik die uneingeschränkte Unterstützung der Eberhard-Schultz-Stiftung.“

Eberhard Schultz



Forum Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft (FÖS)
<http://www.foes.de/>

„Deutschland leistet sich Jahr für Jahr umweltschädliche Subventionen im Umfang von rund 57 Milliarden Euro. Die sind auch unter einer Gerechtigkeitsperspektive fragwürdig: Damit muss endlich Schluss sein, denn es profitieren in hohem Maße Besserverdienende, die diese Förderung eh nicht benötigen.“

Kai Schlegelmilch, Forum Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft (FÖS)



Gemeingut in
BürgerInnenhand

GiB – Gemeingut in BürgerInnenhand
<https://www.gemeingut.org/>

„Wir engagieren uns in dem Bündnis „Reichtum umverteilen – ein gerechtes Land für alle“, weil die Verfügbarkeit von öffentlichen Gütern und Dienstleistungen die Existenz und Teilhabe von Menschen sichert.“

Jana Mattern, GiB – Gemeingut in BürgerInnenhand



Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW)
<https://www.gew.de/>

„Bildung ist der Schlüssel für eine lebenswerte, chancengleiche und zukunftsfähige Gesellschaft. Darum muss Deutschland viel mehr Geld in die Bildung investieren. Lehrende brauchen mehr Zeit für die Lernenden. Das geht nur mit zusätzlichem Personal in Kitas, Schulen, Hochschulen und der Weiterbildung. Gleichzeitig müssen marode Schulen und Hochschulen saniert und modernisiert, Ganztagsangebote und Inklusion ausgebaut werden. Würde Deutschland so viel Geld für Bildung ausgeben wie andere Industrienationen im Schnitt, sind alle unsere Vorschläge problemlos zu finanzieren.“

Marlis Tepe, Vorsitzende der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW)



Institut
Solidarische
Moderne

Institut Solidarische Moderne
<https://www.solidarische-moderne.de/>

„Zu einem wirklichen Politikwechsel gehört die radikale gesellschaftliche Umverteilung von Reichtum, Chancengleichheit beim Zugang zu Bildung, sozialer Infrastruktur, Arbeit und Zeit und gelebter Umweltschutz sowie Verantwortungsübernahme dafür gerade von den Stärkeren.“

Astrid Rothe-Beinlich, Vorstandssprecherin Institut Solidarische Moderne



Katholische Arbeitnehmerbewegung (KAB) Deutschland
<https://www.kab.de/>

„Soziale Ungerechtigkeit ist Sprengstoff in unserer Gesellschaft. Sie treibt Menschen an die politischen Ränder und gefährdet das Gute leben für alle. In einem reichen Land wie unserem ist die gerechte Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums ein Gebot der Stunde.“

Andreas Luttmer-Bensmann, Vorsitzender der KAB Deutschlands



Kirchlicher Dienst
in der Arbeitswelt

Kirchlicher Dienst in der Arbeitswelt (KDA), Bremen

<http://www.kirche-bremen.de/orte/kda/>

„In der Verfassung der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) steht seit 1919 „Der Weltfriede kann auf die Dauer nur auf sozialer Gerechtigkeit aufgebaut werden“. Dieser Satz ist heute aktueller denn je und fordert uns auf zum Umdenken. Je größer die Unterschiede zwischen den Besitzenden und den Arbeitenden werden, umso größer werden die Konfliktherde. Die einen besitzen etwas im Überfluss, während die anderen verhungern oder zumindest darben. Neid, Gewaltbereitschaft und Hass werden hier gezüchtet. Hinzu kommen die nicht mehr zu leugnenden Auswirkungen eines verantwortungslosen Ausbeutens der natürlichen Ressourcen unserer Erde.“

Inge Danielzick, Leitung beim Kirchlichen Dienst in der Arbeitswelt, Bremen



Förderverein gewerkschaftliche Arbeitslosenarbeit e.V.

Koordinierungsstelle gewerkschaftlicher Arbeitslosengruppen

<http://www.erwerbslos.de/>

„Unser Ziel ist eine solidarische Gesellschaft. Wir setzen uns ein für Solidarität statt Ellenbogen, für Teilhabe statt Ausgrenzung und für ein Einkommen zum Auskommen. Wir wollen es nicht hinnehmen, dass Arbeitnehmer/innen immer neue Opfer ab verlangt und Erwerbslose in die Armut gedrängt werden – während sich einige wenige einen immer größeren Anteil des gesellschaftlichen Reichtums aneignen. Beschäftigte und Erwerbslose haben gemeinsame Interessen. Wir lassen uns nicht gegeneinander ausspielen! Wir wissen: Lohnverzicht und Sozialabbau schafft keine Arbeit. Wir wehren uns dagegen, das Erwerbslose als billigere Konkurrenz und Drohpotenzial gegen die Beschäftigten in Stellung gebracht werden, um die Belegschaften zu erpressen.“



Nationale Armutskonferenz

Nationale Armutskonferenz (nak)

<http://www.nationalearmutskonferenz.de/>

„Die Kassen der öffentlichen Hand werden immer leerer während die Vermögen der besonders Reichen weiter anwachsen. Vor allem Erwerbslose, Kinder, Wohnungssuchende oder auf öffentliche Unterstützung Angewiesene bekommen die Folgen zu spüren: soziale Leistungen werden gekürzt, Geld für Kitas, Schulen, Beratungsstellen u.a. fehlt. Es ist an der Zeit für eine faire Verteilung unseres Reichtums! Wir als Nationale Armutskonferenz setzen uns deutschlandweit dafür ein, Armut zu bekämpfen. Und das bedeutet auch: mehr Steuergerechtigkeit, höhere Steuern für die, die sie leisten können, und Bekämpfung von Steuerbetrug und Schlupflöchern!“

Barbara Eschen, Sprecherin der Nationalen Armutskonferenz

Mitglieder der nak sind: Arbeitsgemeinschaft Schuldnerberatung der Verbände (AG SBV) • Arbeiterwohlfahrt (AWO) • Armutsnetzwerk e.V. • Armut und Gesundheit e.V. • Bundesarbeitsgemeinschaft der Landesseniorenvertretungen (BAG LSV) • Bundesarbeitsgemeinschaft Schuldnerberatung e.V. (BAG SB) • Bundesarbeitsgemeinschaft Soziale Stadtentwicklung • Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe (BAG-W) • Bundesbetroffeneninitiative wohnungsloser Menschen (BBI) • Bundesverband Deutsche Tafel e.V. • Deutscher Bundesjugendring • Deutscher Caritasverband • Deutscher Gewerkschaftsbund (DGB) • Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband • Diakonie Deutschland - Evangelischer Bundesverband • Gesundheit Berlin-Brandenburg e.V. • Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland



NaturFreunde Deutschlands

<https://www.naturfreunde.de/>

„Die NaturFreunde fordern von der neuen Bundesregierung die Einführung einer Vermögenssteuer und die Durchsetzung einer Vermögensabgabe. Es ist nicht akzeptabel, dass auf der einen Seite die Armut und Ausgrenzung immer größerer Teile der Gesellschaft zunimmt und auf der anderen Seite ein unverschämter Reichtum von einer kleinen Minderheit aufgehäuft werden kann. Im Bundestagswahlkampf werden die NaturFreunde sozialen Gerechtigkeit in den Mittelpunkt ihrer Forderungen an die demokratischen Parteien stellen.“

Uwe Hiks, Mitglied im Bundesvorstand der NaturFreunde Deutschlands

**NETZWERK
STEUER-
GERECHTIGKEIT****Netzwerk Steuergerechtigkeit**
<https://netzwerk-steuergerechtigkeit.de/>

„Im Netzwerk Steuergerechtigkeit Deutschland arbeiten Gewerkschaften, kirchliche und entwicklungspolitische Organisationen, soziale Bewegungen, Umwelt- und Menschenrechtsverbände, wissenschaftliche Institutionen sowie Einzelpersonen zusammen. Wir setzen uns für die Stärkung der öffentlichen Finanzen in Nord und Süd, von der kommunalen bis zur globalen Ebene, ein. Deshalb fordern wir eine aktive Finanzpolitik der Regierungen ein, die ein hohes Niveau öffentlicher Leistungen bereitstellt und dazu beiträgt, Armut zu überwinden statt sie zu verschärfen, die soziale Kluft zwischen Arm und Reich und zwischen den Geschlechtern zu schließen statt sie zu vergrößern, und der Zerstörung der Umwelt entgegenzuwirken statt sie durch Steuergeschenke und schädliche Subventionen zu belohnen.“



Dachverband e.V.

OWUS Dachverband (Offener Wirtschaftsverband von kleinen und mittleren Unternehmen, Freiberuflern und Selbstständigen in der Bundesrepublik Deutschland e.V.)
<http://www.owus.de/>

„Mit Besorgnis sehe ich die zunehmende Gefahr der sozialen Desintegration und Altersarmut auch unter den Erwerbstätigen in Deutschland. Dazu gehören neben nichtselbständig Beschäftigten im Niedriglohnssektor zunehmend auch Menschen mit einer hauptberuflich selbständigen Erwerbstätigkeit, sei es als Gewerbetreibende oder freiberuflich Tätige. Vom Gesetzgeber veränderte Rahmenbedingungen haben in den letzten Jahren zu einem starken Anstieg von Solo-Selbständigen, also Einpersonen-Unternehmen, geführt, die als ehemalige Arbeitnehmer in eine wie immer auch geartete Selbständigkeit gegangen sind oder gedrängt wurden. Diese Entwicklung wird vor allem von Großunternehmen forciert und schamlos ausgenutzt, um durch Outsourcing Leistungen auszulagern und bei entsprechendem Bedarf diese als Werkleistungen von selbständigen Subunternehmern billig einzukaufen.“

Dr. Rolf Sukowski, Vorsitzender des Vorstands OWUS-Dachverband e.V.**OXFAM**
Deutschland**OXFAM Deutschland**
<https://www.oxfam.de/>

„Die Ungleichheitskrise ist keine Naturkatastrophe. Sie ist von Menschen gemacht und zwar im Interesse einer Minderheit. Und Menschen können diese fatale Entwicklung stoppen, im Interesse der übergroßen Mehrheit. Großkonzerne und Superreiche treiben die Ungleichheitskrise an. Sie drücken sich durch allerlei Tricks davor, Steuern zu zahlen und nutzen ihr Geld und ihren Einfluss, Regeln zu ihren Gunsten schaffen. Um die Interessen von Finanzinvestoren zu bedienen, drücken Konzerne Löhne und Lieferantenpreise, die so immer weniger an den Gewinnen beteiligt werden. Schuld an der wachsenden Ungleichheit hat auch eine Politik, die annimmt, der Markt brauche möglichst wenig Regulierung. Unternehmen müssen ihrer sozialen Verantwortung nachkommen, gerechte Steuerbeiträge zum Wohl der Gesellschaft leisten, faire Löhne zahlen und die Rechte ihrer Mitarbeiter respektieren.“

Jörn Kalinski, Leiter Lobby und Kampagnenarbeit bei OXFAM DeutschlandSozialverband
Deutschland**SoVD Sozialverband Deutschland**
<https://sovd.de/>

„Es erfüllt uns mit großer Sorge, dass die Vermögensungleichheit in Deutschland immer weiter zunimmt. Deshalb kommt es auf einen gerechteren sozialen Ausgleich an. Das entstandene Ungleichgewicht muss wieder ins Lot gebracht werden. Und darum kämpft der SoVD für einen solidarischen und verteilungsgerechten Sozialstaat. Nötig ist insbesondere der Ausbau sozialversicherungspflichtiger Beschäftigungen. Zudem müssen die Leistungen der Renten-, Kranken-, Arbeitslosen- und Pflegeversicherung gestärkt werden. Und auch bei der Teilhabe von Menschen mit Behinderungen muss es endlich vorangehen. Mehr als die Hälfte der schwerbehinderten Arbeitslosen lebt inzwischen von Hartz IV.“

Adolf Bauer, Präsident des SoVD



Sozialistische Jugend Deutschlands – Die Falken

<http://www.wir-falken.de/>

„Während Reiche Steuerschlupflöcher nutzen und Briefkastenfirmen gründen, sinken die Reallöhne für einen großen Teil der Arbeitnehmer*innen. Das wollen wir nicht länger hinnehmen! Reichtum umverteilen!“

Josi Tischner, Die Falken



ver.di – Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft

<https://www.verdi.de/>

„Die Bewältigung gesellschaftlicher Zukunftsaufgaben ist eine Verteilungsfrage. Während wenige immer reicher und reicher werden, stehen Bund, Länder und Gemeinden in der Kreide. In Folge der Unterfinanzierung wurden der Sozialstaat abgebaut, Leistungen der kommunalen Daseinsvorsorge eingeschränkt und öffentliche Einrichtungen privatisiert. Wir benötigen mehr staatliche Investitionen – insbesondere in Bildung und Forschung, den ökologischen Umbau der Wirtschaft und für soziale Dienstleistungen – und auch wieder mehr staatliche Leistungserbringung. Zur Finanzierung dieses Politikwechsels müssen die Vermögenden, die Bezieher hoher Einkommen und reiche Erben sowie finanzstarke Unternehmen steuerlich wieder stärker herangezogen werden.“

Frank Bsirske, ver.di-Vorsitzender



Volkssolidarität Bundesverband

<http://www.volkssolidaritaet.de/>

„Als aktiver Mitgliederverband, in unseren sozialen Diensten und durch sozialpolitische Lobbyarbeit halten wir unsere humanistischen Werte lebendig und stärken den sozialen Zusammenhalt aller Menschen. Gemeinsam im Bündnis „Reichtum umverteilen – ein gerechtes Land für alle!“ können und wollen wir der zunehmenden Spaltung der Gesellschaft entschieden entgegenzutreten. Die Politik der Umverteilung von oben nach unten muss endlich beendet werden. Das jahrelange Sparen am Sozialstaat hat die Strukturen sozialer Ungleichheit verschärft und verfestigt. Eine gerechte Steuerpolitik ist der Schlüssel zu einem Sozialstaat, der wieder seiner Verantwortung gerecht wird, allen Menschen gleiche Chancen zu eröffnen. Und dies bildet das Fundament für solidarisches Miteinander und den sozialen Frieden in unserem Land.“

Dr. Wolfram Friedersdorff, Präsident der Volkssolidarität



weed

WEED – Weltwirtschaft, Ökologie & Entwicklung e.V.

<http://www.weed-online.org/>

„Ungleichheit und Steuerflucht sind globale Probleme, die Staaten und Menschen schaden, auch durch die Begünstigung von Finanzkrisen. Wenn wir nicht die Finanzmärkte regulieren, Steueroasen schließen, staatlich investieren und mit Steuern umverteilen, werden die Krisen und Armut in der Welt und in Deutschland andauern.“

Markus Henn, Referent für Finanzmärkte bei WEED